

Frieden schaffen: Kooperative Sicherheit in Europa und auf globaler Ebene



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht millionenfaches
2 Leid, Massaker, Kriegsverbrechen, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den die Angriffe
3 fort dauern, werden Menschen körperlich verletzt oder traumatisiert, viele sterben. Das
4 Risiko einer Ausweitung des Krieges auf andere Staaten oder einer weiteren Eskalation
5 wächst. Die weltweite Hungerkrise nimmt immer größere Ausmaße an.

6 **Vorbereitungen für Verhandlungen beginnen**

7 Die Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen hat dazu beigetragen, dass sie den
8 Angriffen Russlands standhalten konnte, allerdings wurden weitere Gebiete – vor allem im
9 Süden, aber auch im Osten – durch russische Truppen besetzt. Es ist zur Zeit nicht absehbar,
10 inwieweit die Ukraine auch bei anhaltender Unterstützung durch Waffenlieferungen diese und
11 alle anderen russischen Truppen aus dem Land drängen kann.

12 Während in Deutschland über die Waffenlieferungen viel informiert und diskutiert wurde und
13 wird, ist die Frage, wann und wie dieser Krieg beendet werden könnte, als sachlich
14 behandeltes Thema in der Öffentlichkeit kaum präsent. Vorbereitungen für Verhandlungen
15 fehlen offenbar. Hier ist ein Umdenken notwendig. Denn perspektivisch ist die Ko-Existenz
16 der europäischen Staaten mit der Russischen Föderation alternativlos.

17 **Sprech-Fähigkeit wieder herstellen – Eskalation verhindern**

18 Nach einem halben Jahr Krieg und nach den verschiedenen Gipfeltreffen von EU, G-7, NATO und
19 G-20 sollten nun, neben den Waffenlieferungen und Sanktionen, Vorbereitungen für einen
20 international abgestimmten und multilateral getragenen Verhandlungsprozess beginnen, auch
21 auf oberster politischer Ebene. In dieser zugespitzten Kriegssituation braucht es vor allem
22 eine Sprech-Fähigkeit zwischen allen Beteiligten (also die Möglichkeit, wieder miteinander
23 in substanzielle Verhandlungen treten zu können), also auch gegenüber der gegenwärtigen
24 russischen Führung. Diese Sprech-Fähigkeit sollte auch für bestehende kommunikative Formate
25 wie die verschiedenen G-7- und G-20-Treffen gelten.

26 Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist
27 zentral; zugleich gilt es, die Gefahr einer atomaren Katastrophe zu verhindern. Es kann
28 nicht ausgeschlossen werden, dass Russland – eine atomare Supermacht auf Augenhöhe mit
29 den
30 USA – taktische Atomwaffen einsetzt, um einen erzwungenen Rückzug oder eine drohende
31 Niederlage abzuwenden. Auch das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen ist real, z.B. auf Grund
eines Fehlalarms. Die Zerstörungswirkungen eines Einsatzes von taktischen Atomwaffen –

32 vergleichbar der Hiroshima-Bombe - können ein existenzielles Ausmaß annehmen, gerade auch
33 für die Ukraine.

34 Die Hoffnung auf einen vollständigen militärischen Sieg der Ukraine durch umfassende
35 westliche Unterstützung ist verfehlt. Auch wenn ein derartiges Vorgehen gelingen würde,
36 könnte Russland seine Armee entlang der ukrainischen Grenzen stehen lassen und weiter das
37 ukrainische Territorium mit Raketen und Bomben beschießen. So würde die Ukraine dauerhaft
38 destabilisiert. Um dies zu vermeiden, müsste im Gegenzug die Ukraine russisches Territorium
39 angreifen. Das wäre mit einer gefährlichen Ausweitung des Krieges verbunden.

40 **Zeitfenster für Verhandlungen erkennen und nutzen können**

41 Die Frage ist nicht, ob Verhandlungen mit der russischen Führung angestrebt werden sollten.
42 Diese Frage muss differenzierter gestellt werden: worüber soll wann mit ihr geredet werden,
43 wie sollen diese Gespräche geführt werden und wer soll sie in welcher Rolle initiieren und
44 moderieren.

45 Es gibt bereits diplomatische Lösungsvorschläge, die nur wenig Beachtung fanden, u.a. den
46 Zehn-Punkte-Plan, den die ukrainische Delegation im Rahmen der ukrainisch-russischen
47 Gespräche vom März 2022 in Istanbul vorlegte, oder das Ergebnis der Internationalen
48 Arbeitsgruppe, die auf Einladung des Vatikans im Juni 2022 Lösungen für einen „gerechten und
49 dauerhaften Frieden in der Ukraine“ vorschlug.

50 Sollte es in den nächsten Wochen – auch durch die Waffenlieferungen und Sanktionen – zu
51 einer echten militärischen Pattsituation kommen, könnte sich ein Zeitfenster für
52 Verhandlungen öffnen. Wann dies geschehen würde, ist kaum vorhersagbar. Daher sollte jetzt
53 bereits vorbereitet werden, was dann schnell einsatzbereit sein muss: eine beidseitig
54 akzeptierte, multilateral mitgetragene und flexibel steuerbare Struktur für moderierte
55 Verhandlungen.

56 **Dilemmasituationen durch geeignete Verhandlungsführung überwinden**

57 Die ukrainische Souveränität steht politisch zu Recht im Zentrum, aber die Verhandlungen
58 sollten auch darüber hinaus gehende Themen einbeziehen. Einiges spricht dafür, dass mit
59 Russland nur im Paket mit übergeordneten Fragen sinnvoll verhandelt werden kann. So könnte
60 die Macht des Stärkeren als einzige Logik für die Konfliktaustragung begrenzt und
61 zurückgedrängt werden. Die internationale Gemeinschaft auf UN-Ebene könnte den Rahmen für
62 die Aushandlung offener internationaler Fragen gestalten und strukturieren.

63 Verhandlungen mit der russischen Führung – und schon der Weg dahin – können zu
64 Dilemmasituationen führen. Zum Beenden des Krieges braucht es früher oder später eine
65 Verhandlungslösung. Bei anhaltender militärischer Stärke Russlands darf diese jedoch nicht
66 auf Kosten der Ukraine gehen. Militärische Machtverhältnisse müssen das Ergebnis von
67 Verhandlungen nicht vollständig und linear bestimmen. Militärische Machtasymmetrien
zwischen

68 Konfliktparteien können ausgleichbar sein, wenn neben den militärischen Logiken in
69 relevantem Ausmaß auch andere Interessen beider Seiten einbezogen werden. Entscheidend
ist,

70 dass mögliche Verhandlungen nicht zu einem russischen Friedensdiktat führen.

71 Eine international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative mit
72 realistischer Zielsetzung könnte die Aufnahme von Verhandlungen ermöglichen. Im ersten

73 Schritt ginge es um einen Waffenstillstand, im zweiten Schritt um einen Friedensvertrag und
74 die Ko-Existenz beider Staaten; der Rückzug Russlands wäre klare Bedingung und die Verfahren
75 wären eindeutig: die Ukraine entscheidet über ukrainische Hoheitsthemen, weitere
76 internationale Themen wären politisch verhandelbar.

77 Ein weiteres Dilemma besteht darin, dass offizielle Verhandlungen mit dem Kriegsverbrecher
78 Putin seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, seine Machtansprüche und Kriegsverbrechen
79 implizit legitimieren könnten, was in jedem Fall vermieden werden muss. Jedoch weder das
80 Ausblenden von Kriegsverbrechen noch eine Straffreiheit Putins sind zwangsläufige Folgen von
81 Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen. Die o.g. Befürchtungen sind aber berechtigt
82 und es muss ihnen in Verhandlungsprozessen bewusst entgegengewirkt werden.

83 **OSZE stärken**

84 Sicherheit lässt sich nicht auf militärische Stärke reduzieren. Es gilt weiterhin,
85 langfristig eine neue nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur
86 aufzubauen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bietet trotz
87 des russischen Angriffskrieges – und trotz allen Reformbedarfs – eine wichtige Basis für eine
88 mögliche Kooperation auch über politische Lagergrenzen hinweg. Das erfordert vor allem
89 diplomatische Fähigkeiten und vertrauensbildende Maßnahmen. Die OSZE wurde bisher vom
90 Auswärtigen Amt mit ca. 25 Mio. € jährlich gefördert. Sie müsste jedoch von den
91 Mitgliedstaaten mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden als gegenwärtig, damit ihre
92 Potenziale ausgeschöpft und weiterentwickelt werden können. Im Koalitionsvertrag sind neue
93 Initiativen für die Stärkung von Rüstungskontrolle und Abrüstung angekündigt. Dafür hat die
94 OSZE wichtige Instrumente geschaffen. Diese gilt es langfristig zu stärken.

95 Die Debatte über Sicherheit muss sich von der Fixierung auf die militärische Dimension lösen
96 und auch „menschliche Sicherheit“ in den Blick nehmen. Dazu gehört der Schutz der Menschen
97 vor Kriegen, Krisen, Klimakatastrophen und Krankheiten und auch der Zugang zu Ressourcen
98 und
99 Lebensperspektiven, also etwa Ernährungssicherheit und -souveränität. Ausreichende Mittel
100 für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen bereitgestellt werden, um die
101 Folgen des Krieges gegen die Ukraine und der Corona-Pandemie auf globaler Ebene zu
102 bewältigen.

102 **Krisen und Kriegen weltweit vorbeugen**

103 Der Koalitionsvertrag bezieht sich auf die [Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte
104 bewältigen, Frieden fördern“](#) von 2017 und kündigt zivile Planziele an. Gerade jetzt ist es
105 wichtig, die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auszubauen. Deutsche Politik
106 sollte mithelfen, Brücken zu bauen, zwischen Menschen aus der Ukraine, Russland und Belarus,
107 im westlichen Balkan und Südkaukasus, im Nahen Osten und in der Sahelregion. Deutschland
108 hat
109 dafür eine Reihe wichtiger Instrumente geschaffen. Es wäre fatal, wenn die beschlossenen
110 militärischen Investitionen deren Ausbau behinderten.

110 Es gilt, Klimakrise, Pandemien und Artensterben aufzuhalten, gerechte Lebensperspektiven zu
111 schaffen und Krisen und Kriegen weltweit vorzubeugen. Und für den sozialverträglichen
112 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft müssen ebenfalls ausreichende Mittel vorgehalten
113 werden. Auch das ist relevant für Sicherheit, denn der Zusammenhalt demokratischer
114 Gesellschaften hängt auch davon ab, ob sie sich so schnell wie möglich von fossilen

115 Energieträgern unabhängig machen können. Als Wertegemeinschaft wird sich die EU illiberalen
116 und rechtspopulistischen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegenstellen und die europäischen
117 Demokratien gegen innere und äußere Feinde verteidigen müssen.

118 Längst geht es auch um die enormen Folgekrisen des Russland-Ukraine-Krieges, insbesondere
119 den drohenden Welthunger infolge ausbleibender Getreideexporte. Diesbezüglich ist das neue
120 NATO-Konzept der forcierten Aufrüstung kein Konzept, mit dem die Zukunft nachhaltig
121 gestaltet werden könnte. In erster Linie profitiert der militärisch-industrielle Komplex,
122 der schon jetzt angesichts der globalen Auftragsexplosion maximale Überprofite einführt.

123 **Neuen Blockbildungen entgegen wirken - Die Klimakrise gemeinsam lösen**

124 Eine neuerliche Blockkonfrontation wie zu Zeiten des Kalten Krieges sollte unbedingt
125 verhindert werden. Damals dauerte es fast 25 Jahre, bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs
126 die Phase der Entspannung einsetzte. Angesichts der drängenden globalen Probleme kann sich
127 die Welt ein derartiges verlorenes Vierteljahrhundert nicht leisten. Nach schon jetzt 50
128 untätig verstrichenen Jahren seit dem epochalen Bericht des Club of Rome von 1972 und 30
129 Jahre nach der Klimakonferenz von Rio de Janeiro 1992 steht die Welt an einem ökologischen
130 Kipppunkt. Dürren und Waldbrände, Gletscherabgänge, das Schmelzen des polaren Eises wie
das

131 Auftauen des Permafrostbodens demonstrieren: Die Klimakrise, die zunehmend zu einer
132 Klimakatastrophe wird, hat mit ihren vielen Toten und Geflüchteten längst Auswirkungen in
133 den Dimensionen eines Krieges. Und das sind nur die Folgen der CO₂-Belastung der
134 Vergangenheit, die bereits jetzt irreversibel sind und die sich in den nächsten Jahren
135 weiter verstärken werden. All das zeigt: Die Bekämpfung der Klimakatastrophe ist und bleibt
136 die eigentliche Jahrhundertherausforderung – und jeder Krieg trägt massiv zur ökologischen
137 Zerstörung bei. Auch deshalb muss der Krieg gegen die Ukraine so schnell wie irgend möglich
138 beendet werden.

139 Außerdem muss die atomare Abrüstung wieder auf die Agenda gesetzt werden; denn Putins
140 Eroberungskrieg wie das neue NATO-Konzept drängen das Thema in den Hintergrund. Die NATO
141 sollte den Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz erklären, um das Risiko einer nuklearen
142 Eskalation zu verringern. Nach dem Ende des INF-Vertrags über das Verbot landgestützter
143 nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenwaffen und des „**Open-Skies**“-**Abkommens über**
144 **militärische Beobachtungsflüge zwischen NATO-Ländern und Russland ist ein** neuer
Ansatz zu
145 Abrüstungsverhandlungen dringend geboten, auch angesichts der zunehmenden Proliferation.
Das

146 Abkommen mit Iran droht zu scheitern. Auch in dieser Hinsicht wäre eine neue Blockbildung in
147 einer multipolar verfeindeten Welt verhängnisvoll.

148 **Die Rolle der Vereinten Nationen zur Überwindung der globalen Konflikte stärken**

149 Die mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sich zeigende Machtverschiebung vom
150 traditionellen Westen und von Russland weg zugunsten der Schwellenländer und des globalen
151 Südens könnte die Chancen für eine diplomatische Lösung verstärken. Denn der Druck der
G-20-

152 Mitglieder aus dem globalen Süden für ein Ende der Kämpfe wächst. Afrikanische Länder - wie
153 zum Beispiel Südafrika - erheben angesichts großer ökonomischer Abhängigkeiten,
154 inflationären Drucks und drohender Hungerkatastrophen die Forderung, zu einem Ende der

155 Kämpfe zu kommen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor forderte anlässlich des
156 G-7-Gipfels in Elmau im Interview mit dem ZDF vom 27. Juni 2022: „Die Welt hat eine
157 Verantwortung, für Frieden zu sorgen“. Und Brasiliens Präsidentschaftskandidat Lula da Silva
158 kritisierte, die Sanktionen würden Millionen Menschen töten.

159 Im kommenden Jahrzehnt wird die Konkurrenz zwischen den Großmächten um Einflussphären
160 vermutlich mit unverminderter Härte fortgesetzt. Es ist notwendig, der weiteren Zuspitzung
161 von Konflikten durch neue Initiativen zu Abkommen auf UN-Ebene zu begegnen, die auch China
162 einschließen. Bestehende Konflikte müssen begrenzt werden, solange sie nicht beigelegt
163 werden können. Und ohne eine Einbeziehung der Schwellenländer wird es keine Lösung der
164 globalen Probleme geben, insbesondere nicht der völlig ungelösten Klimakrise. Aber letztlich
165 bedarf es eines echten Multilateralismus und einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen.
166 Denn um die großen Menschheitsprobleme anzupacken, braucht die Welt wirtschaftliche und
167 politische Kooperation.

Begründung

Hier einige Artikel, aus denen ich für meinen Antrag Aspekte übernommen bzw. Anregungen erhalten habe:

[Der Putin-Widerspruch der Deutschen und wie wir jetzt mit Russland reden sollten - FOCUS online](#)

[Stärkung der Armee auf Kosten ziviler Instrumente? | Brot für die Welt \(brot-fuer-die-welt.de\)](#)

[Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben | bpb.de](#)

[Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf \(ippnw.de\)](#)

[„Wenn wir ein Ende des Kriegs wollen, müssen wir mit den Feinden verhandeln.“ Die Erfahrung von Nelson Mandela. Wo sind unsere Initiativen für Verhandlungen?\[1\] | Prof. Dr. Hajo Funke \(wordpress.com\)](#)

[Osteuropa-Experte zum Ukrainekrieg: „Sanktionen können Armee stärken“ - taz.de](#)

[Neue Weltordnung: Rückkehr des Großmächtekonzerts? – Außen- und Sicherheitspolitik | IPG Journal \(ipg-journal.de\)](#)

[Debatte um deutsche Waffenlieferungen: Zwischen Skylla und Charybdis - taz.de](#)

[Putins Erfolg: Europas Natoisierung und die Verfeindung der Welt | Blätter für deutsche und internationale Politik \(blaetter.de\)](#)

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Mohr (KV München); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Martin Pilgram (KV Starnberg); Maria Regina Feckl (KV Erding); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Anne Franke (KV Starnberg); Rudi Lutter (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Bernd Wipper (KV Bodenseekreis); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Günther Bieser (KV Ortenau);

Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Gerhard Klünder (KV Warendorf); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.